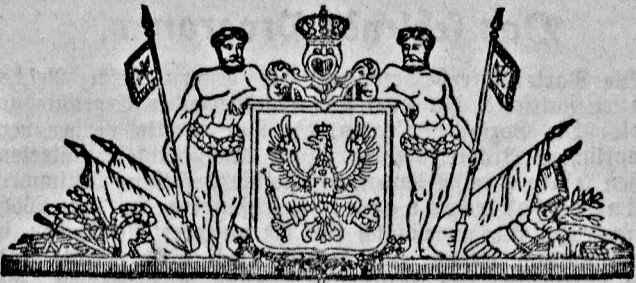


Vossische



Zeitung

12. März

Geegründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Kunst- und Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt mit Kurszettel der Berliner Börse und amerikanischem Funkdienst, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Turnen-Sport-Spiel, Für Reise und Wanderung.

Durch eigene Boten und durch die Post monatlich 250 Mark, unter Streifenband 370 Mark im Inland, 500 Mark nach dem Ausland. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streiks kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigen: 32 Mark für den mm, Familienanzeigen 10 Mark netto für den mm. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Auen. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegend.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff 3600 — 3663; für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686 — 3695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin, Postscheckkonto Berlin 680.

Die Entwertung des Franken.

Drahtmeldungen der „Vossischen Zeitung“.

Paris, 26. Oktober.

Das Ereignis des Tages ist ein neuer Sturz des französischen Franken, der ernste Beunruhigung hervorruft. Das Pfund Sterling ist während der heutigen Börse nach einem Anfangsturz von 64 bis auf über 65 Franken gestiegen. Als amtlicher Mittelkurs wurde 64,94 notiert. Der Dollar erreichte einen Kurs von 14,62. Auch die deutsche Mark stieg ein wenig und wird mit einem mittleren Kurs von 35 notiert.

Die „Liberté“ berichtet, der Frankensturz werde in Börsenkreisen hauptsächlich mit Rückwirkung der Kammerdebatte über die drohende Finanzlage Frankreichs und mit der amtlichen Mitteilung erklärt, daß der Ausweis der französischen Ernte einen Fehlbetrag aufweise, der umfangreichere Einkäufe im Ausland erforderlich mache. Zu diesen beiden Ursachen komme die täglich zunehmende Befürchtung, daß Deutschland seinen Reparationsverpflichtungen nicht nachkommen werde.

Zu diesen Angaben sei bemerkt, daß der Frankensturz für die wirklich unterrichteten Kreise von Paris keine Ueberraschung war und in diesen Kreisen im wesentlichen als Folge des Marksturzes betrachtet wird. Nach dem Mißerfolge der Anleihebesprechungen des Bankierkomitees im Frühjahr dieses Jahres wurde in hiesigen Finanzkreisen prophezeit, das englische Pfund werde vor Jahresende einen Kurs von mindestens 80 erreichen. Der parallele Niedergang von deutscher Mark und französischem Franken ist seit dem Friedensschluß von Pariser Blättern häufig hervorgehoben und in graphischen Darstellungen veranschaulicht worden.

In der Kammer sprach heute nachmittags der Finanzminister de Lasteyrie über die französischen Finanzen. Er führte aus, der Fehlbetrag von rund 4 Milliarden Francs im ordentlichen Budget brauche nicht zu beunruhigen. Die Budgets aller Länder, die unter dem Kriege gelitten haben, wiesen Fehlbeträge auf. Das französische Defizit erkläre sich dadurch, daß Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkomme, und daß im Versailler Vertrag die Finanzsolidarität der Verbündeten nicht vorgesehen sei. Der Vorschlag, das Defizit durch weitere Streichung von Beamtenstellen zu beseitigen, könne nicht ausgeführt werden, weil bereits 50 000 Beamtenstellen gestrichen wurden. Der Fehlbetrag im Budget könne auch nicht durch neue Steuern gedeckt werden, weil das französische Volk schon zu stark belastet sei. Im Jahre 1921 seien 19 837 Millionen Francs durch Steuern eingegangen gegen 9707 Millionen im Jahre 1919. Der Minister warnte davor, die Ergebnisse der Einkommensteuer zu überschätzen. Daß diese Steuer in Frankreich niemals die Bedeutung erlangen könne, die sie in dem viel reicheren England besitze, sei selbstverständlich. De Lasteyrie hält auch die Beseitigung des Defizits durch weitere Sparmaßnahmen für unmöglich, da im Vergleich mit den ersten Budgetentwürfen schon 4 Milliarden Ersparnisse erzielt worden seien, davon 2 Milliarden auf Speersausgaben. Unter diesen Umständen bleibe nur übrig, den Fehlbetrag durch neue Anleihen zu decken.

Der Finanzminister fuhr fort, Frankreich habe bis Ende 1922 für Wiederaufbauzwecke 96 Milliarden Papierfranken aufgebracht, die eigentlich Deutschland zu bezahlen hätte. Frankreich habe von Deutschland bis jetzt nur 1720 Millionen Franken, davon 1083 Millionen Franken in Gestalt von Lieferungen, erhalten. Er beklagte es, daß nicht gleich nach dem Waffenstillstand eine Finanzkontrolle in Deutschland eingerichtet wurde. Dadurch wäre Deutschland verhindert worden, Milliarden für Zugausgaben zu vergeuden, um sich den Reparationsleistungen zu entziehen.

De Lasteyrie erklärte dann, es sei ihm nicht möglich, weiter auf das Reparationsproblem einzugehen, denn es handle sich dabei um eine Frage der allgemeinen Politik. Frankreich rechne darauf, daß die Frage der interalliierten Schulden auf der Brüsseler Konferenz geprüft werde. Frankreich werde dort seine Bilanz vorlegen und nach der Konferenz je nach deren Ergebnis und je nach der Lage Frankreichs die erforderlichen Maßnahmen gegen Deutschland treffen. Der Finanzminister erklärte zum Schluß, daß Frankreich trotz aller Enttäuschungen keinen Grund zur Entmutigung habe. Das Finanzjahr 1922 habe an Steuererträgen 2 Milliarden Papierfranken mehr gebracht, als vorgesehen war. Die Ausgaben seien um 6 bis 7 Milliarden hinter dem Vorschlag zurückgeblieben.

London, 26. Oktober.

Der Pariser Berichterstatter der „Times“ erklärt, er erhalte von neuem von „befugter Seite“ die Warnung, daß Ende des Jahres der Zusammenbruch Deutschlands vollständig sein werde, wenn jetzt nicht ein Wunder geschähe. Deutschland würde dann in finanzieller Hinsicht auf dieselbe Stufe wie Oesterreich sinken. Eine

wesentliche Vorbedingung der Wiederherstellung auch nur des geringsten Kredits sei ein Moratorium. Obgleich Frankreich über den dauernden Sturz der Mark beunruhigt sei, sträube es sich immer noch dagegen, für zwei Jahre oder mehr auf die von ihm so sehr benötigten Zahlungen zu verzichten. Wenn Frankreich an seinem Entschluß festhalte, so werde es wahrscheinlich zu spät sein. Die französische Doktrin erlaube keine Herabsetzung der Entschädigung ohne Streichung der interalliierten Schulden, und nach der Brüsseler Konferenz herrsche starke Sehnsucht. Der Berichterstatter schließt, es werde jetzt in Frankreich nicht viel Vertrauen in den Berliner Besuch der Reparationskommission gesetzt. Die Hoffnung dürfe jedoch nicht aufgegeben werden. Man könne nur wiederholen, daß jede weitere

Verzögerung sicher zum endgültigen Zusammenbruch Deutschlands führen würde, und daß kein Tag verloren werden dürfe, ein französisch-englisches Uebereinkommen zu erzielen, wenn noch irgend etwas gerettet werden solle.

Rücktritt des italienischen Kabinetts.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

Rom, 26. Oktober.

Ministerpräsident Facta hat heute abend dem König die Gesamtdemission des Kabinetts überreicht.

Berschärfung der Devisenverordnung.

Besprechung der Parteiführer beim Kanzler. — Zustimmung der Parteien.

Die Parteiführerbesprechung beim Reichskanzler hat nahezu fünf Stunden gedauert und hat den Vor- und Nachmittag in Anspruch genommen. Von der Regierung waren außer dem Reichskanzler der Reichswirtschaftsminister Schmidt, Reichspostminister Giesberts und Staatssekretär Hirsch anwesend. Von den Parteien nahmen an der Aussprache der Besprechung teil: Müller-Franken, Dr. Silberding, Dr. Herz und Dr. Breitscheid für die Sozialdemokraten; Dr. Marx, Becker-Atenberger, ten Hompel, Lange-Hegermann für das Zentrum; Erkelenz, Dr. Hamm, Fischer, Dr. v. Siemens für die Demokraten; Dr. Stresemann, Dr. Kempkes, Dr. Rieffer von von Raumer für die Deutsche Volkspartei. Auch die Bayerische Volkspartei war durch ein Mitglied vertreten.

Reichskanzler Dr. Wirth.

Die Aussprache wurde eröffnet durch Reichskanzler Dr. Wirth, der auf das Zusammenreffen wichtiger politischer Besprechungen in der kommenden Woche hinwies. Am Montag sollen die Verhandlungen mit der Reparationskommission beginnen; ziemlich gleichzeitig mit ihnen sollen die ausländischen Sachverständigen tagen, die die Reichsregierung nach Berlin zu einer Währungs-konferenz eingeladen hat, um ihr Urteil darüber zu hören, wie der Kampf gegen den andauernden Verfall der deutschen Mark erfolgreich geführt werden könne. Vornehmlich die Reise der Reparationskommission nach Berlin habe ihn veranlaßt, auf die Regierungserklärung zu verzichten, die er ursprünglich am Dienstag im Reichstage habe abgeben wollen. Durch eine solche Regierungserklärung wäre diese Verhandlung möglicherweise präjudiziert worden, was zu vermeiden war. Die gleiche Bedachtnahme auf die bevorstehenden wichtigen politischen Verhandlungen erbitte er auch von den Parteien. Sie möchten der Sachlage dadurch Rechnung tragen, daß sie versuchen, auf eine gemeinsame Plattform zu kommen, um sich über ein gemeinschaftliches Programm zu einigen. Denn nur auf diese Weise werde es möglich sein, die Autorität der Regierung für die kommenden Ereignisse zu stärken. Der Kanzler lehnte es ab, etwa in der Weise abgetempelt zu werden, als ob er einer bestimmten Gruppe besonders zuneige. Er sei weder der Kanzler der bürgerlichen „Arbeitsgemeinschaft“ noch der Sozialdemokratie, für ihn sei richtunggebend die Koalition, auf die sich die Regierung stütze. Dabei ließ der Reichskanzler deutlich durchblicken, daß er es für erwünscht halten würde, wenn die Koalition, die gegenwärtig aus drei Parteien bestehe, verbreitert werde und wenn die Regierung sich auf eine möglichst starke Mehrheit des Reichstages stützen könnte. Das werde gelingen, wenn sich die bei der Besprechung vertretenen Parteien auf ein gemeinsames wirtschaftspolitisches Programm einigen könnten.

Nach dem Kanzler sprach Müller-Franken für die Sozialdemokratie. Seine Ausführungen gründeten sich auf das wirtschaftliche Aktionsprogramm seiner Partei, das gestern im „Vorwärts“ veröffentlicht worden ist. Von entscheidender Bedeutung sei es, ob es gelingen werde den Währungsverfall aufzuhalten. Hier müßten durchgreifende Maßnahmen erfolgen, und zwar rasch, weil sonst eine weitere Verschlechterung der Ernährungslage, eine weitere Steigerung der Unzufriedenheit bei den großen Massen unvermeidlich sei. Die Sozialdemokratie wünsche eine schnelle Klärung. Erfolge sie nicht, dann werde seine Fraktion in der kommenden Woche neuerlich zusammentreten, um endgültige Beschlüsse über ihre zukünftige Haltung gegenüber der Regierung und der Koalition zu fassen.

Reichswirtschaftsminister Schmidt.

Unterstrichen wurde diese Warnung der Sozialdemokratie durch den Reichswirtschaftsminister Schmidt in längeren Ausführungen über die Wirtschaftslage des Reiches, die gekennzeichnet sei durch die passive Tendenz der Handelsbilanz. Darauf habe das Reichswirtschaftsministerium während der Genuefer Konferenz in einer Denkschrift hingewiesen und vorausgesagt, daß sich Handelsbilanz und Wirtschaftslage noch weiter verschlechtern würden,

wenn nicht rechtzeitig vorgebeugt werde. Dem Reichstag könne der Vorwurf nicht erpart werden, daß er jene Maßnahmen des Reichswirtschaftsministeriums, die das Ziel verfolgten, die Verschlechterung der deutschen Handelsbilanz aufzuhalten, geradezu boykottiert habe. Er erinnere nur an die Ablehnung des Entwurfes betreffend die Drosselung der Tabakeinfuhr. Sehr reich seien die Möglichkeiten einer Einfuhrbeschränkung ja nicht. Auf die Einfuhr von Kohlen könne man nicht verzichten, weil der Ausfall, der durch die Ablieferung von Reparationskohle entfiel, wenigstens zum Teil durch Bezug aus dem Ausland gedeckt werden müsse. Eisen und Zement seien für die Wirtschaft unentbehrlich, ihre Einfuhr also nicht beschränkbar. Die Tendenz müsse deshalb darauf gerichtet sein, die Ausfuhr zu steigern und die Arbeitsleistung zu erhöhen, und damit auch die Produktion. Nun habe man aber mit den Bemühungen, die auf eine Produktionssteigerung gerichtet waren, leider keinen Erfolg gehabt. Im Ruhrgebiet ist das Ueberschichtenabkommen zwar zustande gekommen, aber in der Ausführung hat es Hoffnungen nicht erfüllt, die man darauf gesetzt hat. Man könne nur hoffen, daß ähnliche Abkommen, wenn sie in anderen Industrien zustande kommen — und darauf werde gegenwärtig hingearbeitet —, in höherem Grade den Zweck erreichen, dem sie dienen sollen: der Mehrproduktion. Der Reichswirtschaftsminister erörterte dann die Frage der Devisenverordnung, gegen die sich starke Bedenken geltend gemacht haben. Sie seien unbegründet. Gegen den Valutataumel, von dem auch schon der Kleinhandel ergriffen worden sei, müsse der Kampf aufgenommen werden. Die ursprüngliche Devisenverordnung reiche da nicht mehr aus. Es müßten neben zweckdienlichen Milderungen auch Verschärfungen erfolgen. Der Kampf müßte sich richten gegen die förmlich aus dem Boden schießenden überflüssigen Wechselstuben, gegen das Hamstern von Devisen und gegen die Angharnachung von Devisenbeständen zu anderen Zwecken als denen der Einfuhr von Rohstoffen. Hand in Hand mit der Bekämpfung des Valutataumels müsse aber eine Stützungsaktion für die Mark gehen, und zwar durch direkte Intervention, eventuell durch die Heranziehung des Goldes der Reichsbank. Im großen und ganzen machte sich der Reichswirtschaftsminister das währungspolitische Programm der sozialdemokratischen Fraktion zu eigen, und er schloß mit der Ankündigung, daß er entschlossen sei, die Konsequenzen zu ziehen und zurückzutreten, wenn die Parteien diesem Programm ihre Zustimmung versagen sollten.

Abgeordneter Dr. Stresemann bebaute es, daß das sozialdemokratische Programm im „Vorwärts“ veröffentlicht worden sei, wodurch die Fraktion sich auch auf die Einzelheiten festgelegt habe. Man vermisse den Zusammenhang des sozialdemokratischen Aktionsprogramms mit der gesamten politischen Lage. Auf die ging dann Dr. Stresemann sehr ausführlich ein, insbesondere auf das Reparationsproblem.

Durch Fragen Dr. Stresemanns veranlaßt, machte der Reichskanzler Dr. Wirth ausführliche Darlegungen über die internationale politische Lage und über Schritte der Regierung, vornehmlich in der Reparationsfrage während der jüngsten Zeit. Sowohl die Ausführungen Dr. Stresemanns wie die des Reichskanzlers entzieden sich wegen ihres vertraulichen Charakters der Wiedergabe.

Dr. Silberding.

Gegen den Vorwurf Dr. Stresemanns wegen der vorzeitigen Veröffentlichung des wirtschaftspolitischen Aktionsprogramms der Sozialdemokratie verteidigte Dr. Silberding, der zwar nicht Abgeordneter, aber Mitglied des von seiner Fraktion eingesehenen fünfgliedrigen Ausschusses ist, seine Partei. Es handle sich nicht um formulierte Forderungen, sondern um ein Resümee der Aussprache in der Fraktion, das als Grundlage für die Verhandlungen mit den übrigen Parteien dienen soll. Ueber die Verteidigung hinaus erg sich Dr. Silberding in seinen wirtschaftspolitischen Darlegungen. Es müsse jetzt unbedingt Durchgreifendes geschehen, und zwar rasch. Sonst brohe nicht nur eine politische, sondern